

Das Comeback der FDP

Mit ihrem Artikel über das Thema Gerechtigkeit demonstriert die Autorin Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP, überzeugend und glaubwürdig die Gemeinsamkeit mit den Forderungen des FVZL nach der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Eigenverantwortung des mündigen Bürgers.



Nicola Beer

Es gibt aktuell in der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit der deutschen Gesellschaft. Die Grundlage dieser Zweifel und das subjektive Empfinden von Ungerechtigkeit hat jedoch wenig mit einem Mangel an Umverteilung, sondern viel mehr mit fehlenden Aufstiegschancen zu tun. Wir stellen als Gesellschaft nicht mehr sicher, dass es jeder aus eigener Kraft „schaffen“ kann – wir begnügen uns damit, dass ggf. jeder alimentiert wird. Damit wird nicht nur der einzelne zum Objekt degradiert, wir vergeben auch unfassbar viele Potentiale und Talente, die uns als Gesellschaft insgesamt innovativ und zukunftsfähig machen.

Parteien begehen in der politischen Debatte viel zu häufig den Fehler, mit zu einfachen Lösungen beim Thema Gerechtigkeit punkten zu wollen. Das Wort Gerechtigkeit ist infolgedessen immer mehr zum politischen Kampfbegriff geworden, der gerne zum Thema in abendfüllenden Debatten

oder Wahlkampflogans gemacht wird. Am Ungerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger hat sich seit her jedoch nichts geändert.

Sprechen wir über Gerechtigkeit, so müssen wir endlich das Thema Chancen klar in den Focus rücken. Wir müssen die Menschen in ihrem ureigenen Bedürfnis, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und es aus eigener Kraft und mit ihren jeweiligen Talenten zu etwas zu bringen, ernst nehmen und sie ermutigen. Gleichzeitig brauchen wir eine Kultur der zweiten, auch der dritten Chance: denn der Wille zum Erfolg und der Mut zum Scheitern, sind zwei Seiten derselben Medaille. Es reicht daher nicht aus, gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung eine gute Bildung in unserem Land zu etablieren und zu verwalten. Dieses Ziel muss eindeutig höher gesteckt werden: Die weltbeste Bildung als großes deutsches „Mondfahrprojekt“ muss unser zentrales Projekt der kommenden Jahre sein. Denn nur wenn es gelingt, die Ausgangsmöglichkeiten für jeden Einzelnen zu verbessern, wird sich spürbar mehr Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft etablieren.

Daher ist es notwendig, Gerechtigkeit im politischen Diskurs endlich abseits von politischen Stereotypen und Kampfbegriffen zu denken. Wir werden der Thematik auf Dauer nur gerecht werden, wenn wir uns von reinen Umverteilungsdebatten verabschieden und uns endlich mehr den individuellen Chancen widmen. Denn Chancengerechtigkeit ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben von mündigen Bürgern in einer freiheitlichen Gesellschaft.

Liebe Leserinnen und Leser!

Unter Fachleuten wird das deutsche Gesundheitswesen gerne und unfreundlicher Weise als Haifischbecken bezeichnet.

Besonders die Lektüre des Sozialgesetzbuches (SGB V), das sich erst kürzlich auf eintausend eng beschriebene Seiten aufgebläht hat, brachte so manch einen seiner Leser an den Rand der Verzweiflung. Es besteht der Verdacht, dass dieses Machwerk bürokratischer Unkultur in Wirklichkeit und mit voller Absicht so geschaffen wurde, um jeden noch so zaghaften Versuch, unsere Gesundheitsprobleme mit den Mitteln des gesunden Menschenverstandes zu lösen, im Keime zu ersticken.

Dessen ungeachtet, haben wir vom FVZL nicht aufgehört, darüber nachzudenken, wie man die Herstellung von Zahnersatz im Sinne der Kunden- und Patientenwünsche betreiben kann, ohne vorher die Eingaben von hundert Krankenkassen und einer bis zur Unkenntlichkeit aufgeblähten Bürokratie zu berücksichtigen, die zwar noch nie in ihrem Leben selber eine Krone hergestellt haben, jedoch auf strikte Einhaltung ihrer Regeln bestehen, allein schon deshalb, weil davon ihre gut dotierte Existenzberechtigung abhängt.

Auf der Suche nach weiteren Sympathisanten haben wir diesen aktuellen „Sturmvogel“ gefüttert und hätten nichts dagegen, wenn auch Sie uns Ihre Meinung schreiben würden.

Herbert Stolle



Herbert Stolle, Bundesvorsitzender

Sympathisanten

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen hat der FVZL kurzfristig mit einer eigens dafür geschriebenen Information: „*Ein Leben für die Freiheit*“ die Parteien, die mit Sicherheit in dem zukünftigen Bundestag vertreten sein werden, um eine Stellungnahme zu dem FVZL-Gesetzesentwurf gebeten.



**Andreas Scheuer, MdB
Generalsekretär der CSU:**

„Ich danke Ihnen für die Zusendung Ihres Vorschlages zur gesetzlichen Änderung bei zahntechnischen Leistungen. Nach erfolgter Bearbeitung werden Sie entsprechende Nachricht aus der CSU-Landesleitung erhalten.“

Für die CSU ist klar: Im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems steht der Mensch, der auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen kann. Gleichzeitig wollen wir Eigenverantwortung und Freiheiten im System stärken. Dafür stehen wir ein.“



Aufgrund der Vermittlung durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil kam es in Hannover zu einem zweistündigen Meinungsaustausch zwischen dem FVZL-Bundesvorsitzenden und vier Spitzenpolitikern der Landesregierung.

Zitat Herbert Stolle: „Dieser von Objektivität und gegenseitigem Respekt geprägte Gedankenaustausch war sicher nur der Anfang. Dafür bin ich sehr dankbar.“

Gerne würde ich diese große, auf soziale Sicherheit programmierte Volkspartei davon überzeugen, dass man mit einer „Bürgerversicherung“ keine Wahlen mehr gewinnen kann. Wer seine Freiheit für mehr Sicherheit einschränkt, wird am Ende beides verlieren.“



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende:

„Die Forderung des „Freien Verbandes Zahntechnischer Laboratorien e. V.“, die Vergütung nicht länger den Preisregelungen des Festzuschusssystem des 5. SGB zu unterwerfen, nehme ich gerne in unsere Beratungen im Bundesfachausschuss Gesundheit auf.“



**Albert Markstrahler
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abtg. Programm und Strategie
Gesundheitspolitik und Pflege:**

„Den Kern unseres freiheitlichen Gesundheitswesens bilden die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe. Dazu zählen selbstverständlich auch die Zahntechniker. Wir setzen grundsätzlich auf eine Kultur des Vertrauens und der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung im selbstverwalteten Gesundheitswesen.“



Stephan Brandner, MdL aus Erfurt:
„Der Bürger muss sich als Selbstständiger frei entfalten können, ohne dass Bürokratismus sein Unternehmertum erstickt. Als Arbeitnehmer muss er von seinen Bezügen ordentlich und anständig leben können, ohne dass ihn der Steuerstaat durch „Umverteilung“ in die Fürsorgeabhängigkeit zwingt.“

* * * * *

**Gemeinsamkeit mit
Zahnärzteverbänden.**

Mit seinen Forderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung findet der FVZL die volle Übereinstimmung mit den drei großen Zahnärzteverbänden.

Mit jedem ihrer politischen Statements bestätigen die Präsidenten bzw. Bundesvorsitzenden dieser drei Verbände, Dr. Wolfgang Eßer (KZBV), Dr. Peter Engel (BZÄK) und Harald Schrader (FVDZ) den Kampf der „Freien Zahntechniker“ gegen zu viel Bürokratie und für mehr Selbstbestimmung des mündigen Bürgers bzw. der Patienten.

Kernaussage des FVZL-Gesetzesvorschlages

Die Bundesregierung wird das Recht der Festzuschüsse für zahntechnische Leistungen nach Maßgabe des Fünften Sozialgesetzbuches einer generellen Revision unterziehen.

Die §§ 55, 56, 57 und 88 SGB V werden aufgehoben.

§ 55 SGB V erhält folgende Fassung:

„Versicherte haben bei medizinisch notwendiger Versorgung mit Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und Suprakonstruktionen Anspruch auf diejenigen zahntechnischen Leistungen, die dem zahnmedizinisch üblichen Standard entsprechen. Krankenkassen und ihre Mitglieder haben sich im Rahmen freier Tarifwahl über die Finanzierung der Kosten für zahntechnische Versorgung zu verständigen. Einigen sich Krankenkassen und ihre Versicherten nicht über die Finanzierung dieses Versorgungsspektrums im Rahmen eines tariflich ausgewiesenen Zusatzbeitrages auf den allgemeinen Krankenversicherungsbeitrag, so ist der für die zahntechnische Leistung erforderliche Vergütungsaufwand des Zahntechnikers den Versicherten in vollem Umfange von der Krankenkasse zu erstatten.“

Gerüchte contra Fakten

Auf seinem langen Weg mit dem Ziel, die verloren gegangene Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung für das deutsche Zahntechnikerhandwerk zurück zu gewinnen, hat der FVZL inzwischen jedes Argument seiner Widersacher glaubwürdig und nachhaltig entkräftet.

Was dem inzwischen geschrumpften Häuflein unserer Gegner blieb, war die Verbreitung eines frei erfundenen Gerüchtes, wonach wir – der Freie Verband Zahntechnischer Laboratorien – mit dem freien Wettbewerb die Erwartung und Möglichkeit verbinden würden, Patienten selbständig behandeln und mit ihnen abrechnen zu dürfen. Eine perfide Lüge, die bereits den Straftatbestand der Verleumdung erfüllen könnte!

Abschließend und nur noch stichwortartig nennen wir hier die Verursacher und die in die Irre Geführten: Unter der Verantwortung des Bundesgesundheitsministers Gröhe wurde im Namen des BMG eine „Stellungnahme“ verfasst, die frei erfunden dem o. g. Gerücht entsprach, und damit das berufspolitische Ziel

des FVZL diskreditierte. Fatalerweise wurde diese Verleumdung auch noch vom BMG an um Aufklärung bemühte Bundestagsabgeordnete weiter gegeben.

Der auf Empfehlung des Präsidenten des deutschen Bundestages eingeschaltete Bundesgesundheitsausschuss übernahm fast wörtlich den Text dieser „Stellungnahme“ aus dem BMG, obwohl es inzwischen genügend fachkundige Aussagen gab, die diese Zuordnungen schlichtweg als „Unsinn“ einstufen.

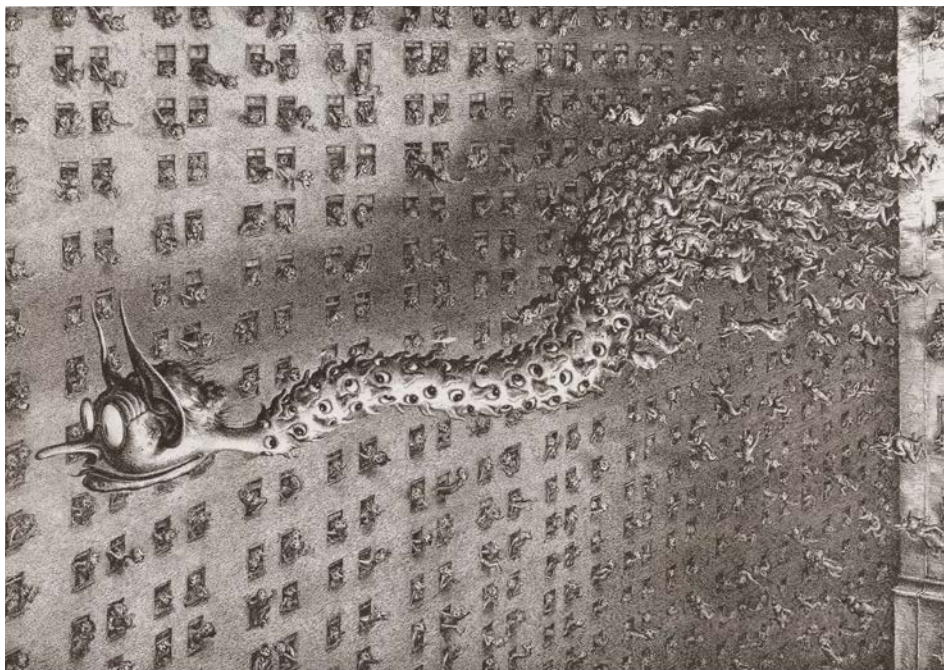
Unter Mitwirkung eines reaktionären Zahnarztes, der seine Mitgliedschaft in der CDU-Mittelstandsvereinigung für seine zahnärztliche Machtentfaltung missbrauchte, bestätigte der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen unter Bezugnahme auf „Berliner Quellen“ noch einmal den ganzen Blödsinn, der ihm inzwischen als bösartiges Gerücht hätte bekannt sein müssen.

Maßgeblichen Anteil an der Wahrheitsfindung hatte das Berliner Verwaltungsgericht, das unter Hinweis auf das „Informationsfreiheitsgesetz“

den Bundesgesundheitsminister ultimativ aufforderte, dem Kläger Herbert Stolle aus Cuxhaven umfassende Akteneinsicht zu gewähren.

Absoluter Höhepunkt dieser Irrungen und Verwirrungen war die Beschlussfassung des inzwischen eingeschalteten Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, der nach zweijähriger Arbeit von seiner Vorsitzenden Kerstin Steinke, MdB (DIE LINKE), das Verfahren als beendet betrachtete, mit der absurden Begründung:

„Zum einen müssten sich die Patienten für eine Zahnbehandlung, die zahntechnische Leistungen erforderlich macht, an einen Zahnarzt und an einen Zahntechniker wenden und ihre Ansprüche jeweils getrennt verfolgen. Zum anderen müsste der Zahnarzt nicht mehr die gesetzliche Gewährleistung für die gesamte Zahnbehandlung einschließlich der zahntechnischen Leistungen übernehmen, was insofern auch die Verfolgung haftungsrechtlicher Ansprüche erschwert. Aus diesen Gründen wurde eine Gesetzesänderung in dem vom Petenten gewünschten Sinn nicht in Aussicht gestellt.“



Mit seiner Grafik „Das Gerücht“ vermag der Satiriker A. Paul Weber (1893–1980) mehr als mit tausend Worten zum Ausdruck zu bringen, was wir mit unserem Artikel „Gerüchte kontra Fakten“ unseren Lesern zu vermitteln versuchen.

Vertiefende Informationen findet der interessierte Leser unter www.fvzl.de oder www.herbert-stolle.de

IMPRESSUM

DER STURMVOGEL

Herausgeber:

Freier Verband Zahntechnischer Laboratorien e.V.
Neue Reihe 33 · 27472 Cuxhaven
Tel. 047 21 / 55 44 11 · Fax 047 21 / 55 44 12
E-Mail: info@fvzl.de · Internet: www.fvzl.de

Redaktion:

ZTM. Herbert Stolle, Chefredakteur, V.i.S.d.P.
Internet: www.herbert-stolle.de
Sekretariat: Claudia Bär
Tel.-Kontakt: wochentags von 9.00 – 12.00 Uhr

Druck:

Druckerei Wöbber
Cuxhavener Straße 35 · 27476 Cuxhaven
Tel. 047 21 / 66 60 80-0 · Fax 047 21 / 66 60 80-17
E-Mail: info@woebber.de · www.woebber.de

Auflage: 7.340 Exemplare

Erscheinungsweise:

vierteljährlich, am Beginn jedes Quartals

Bezugspreise:

Für FVZL-Mitglieder durch den Beitrag abgegolten.
Nichtmitglieder erhalten das Jahresabonnement zu 20,- Euro. Einzelpreis inkl. Versandkosten = 10,- Euro.
Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.

NEU

SR Vivodent® S DCL

Der ästhetisch außergewöhnliche Zahn
für hohe Ansprüche



Einfach
brillant!



Die neue Zahngeneration

- **Form:** ästhetisch außergewöhnlich
- **Farbe:** ausdrucksstark, in A–D-, Bleach- und PE-Farben
- **Material:** hochvernetzt, universell einsetzbar



Mehr erfahren Sie unter:

www.ivoclarvivadent.de/sr-vivodent-s-dcl

www.ivoclarvivadent.de

Ivoclar Vivadent GmbH

Dr. Adolf-Schneider-Str. 2 | D-73479 Ellwangen, Jagst | Tel. +49 7961 889 0 | Fax +49 7961 6326

ivoclar
vivadent®
passion vision innovation